

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Rene Dierkes

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Karl Straub

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Horst Arnold

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 35** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

**Korruptionsfall in Münchens Ausländerbehörde: Aufklärung und Generalrevision der Asylzahlen durchführen! (Drs. 19/7291)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Rene Dierkes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben das Wort.

**Rene Dierkes (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was sich derzeit in München abspielt, ist an Brisanz kaum zu überbieten. Es ist erschütternd, mit welcher Selbstverständlichkeit der politische Betrieb versucht, diesen Skandal unter den Tisch zu kehren. Selbst der Bayerische Rundfunk berichtete über ein Netzwerk von korrupten Mitarbeitern in der Münchner Ausländerbehörde.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Im Raum steht auch eine auffällige Nähe zu einem der schwersten islamischen Anschläge der letzten Jahre. Der Prozess gegen die Beschuldigten am Landgericht München hat Ende November begonnen.

Um wen geht es? – Es geht um mehrere ehemalige Mitarbeiter des Münchner Kreisverwaltungsreferats, also der Münchner Ausländerbehörde, die im Verdacht stehen, rechtswidrig Aufenthaltstitel gegen Bestechungsgelder ausgestellt zu haben. Ein nicht im Amt angestellter Mann soll zudem die Anträge vermittelt, die Bestechung organisiert und gefälschte Dokumente erstellt haben. Ermittler fanden bei den Hausdurchsuchungen 100.000 Euro in einer Wohnung, Geld, das offenbar aus diesen Ma-

chenschaften stammt. Einer der Angeklagten gab im laufenden Gerichtsprozess an, spielsüchtig und hoch verschuldet gewesen zu sein und deshalb die Aufenthaltstitel gegen Bestechungsgelder vermittelt zu haben.

Die kriminelle Energie ist erschreckend, aber noch erschreckender ist das System, das solche Taten überhaupt erst möglich macht. Denn dieser Fall ist kein Betriebsunfall, kein Einzelfall, sondern das Resultat eines jahrelangen ideologischen Umbaus der Verwaltung. Der sogenannte grüne Marsch durch die Institutionen hat ganze Arbeit geleistet. Anstatt pflichtbewusster und charakterlich gefestigter Beamter wurden zunehmend ideologisch passende, aber fachlich und persönlich ungeeignete Personen in die Behörden gebracht, Menschen, die sich durch eine schwache Persönlichkeitsstruktur, politische Anpassungsbereitschaft und moralische Beliebigkeit auszeichnen und die unter Druck oder in Versuchung genau das tun, was in München jetzt sichtbar geworden ist: das Gesetz beugen, den Rechtsstaat verhöhnen und sich persönlich bereichern. Man hat mit voller Absicht ein System geschaffen, in dem Kontrolle als Misstrauen gilt, Konsequenz als unbillige Härte und Gesetzestreue als nicht zeitgemäß. Die Verwaltung wurde zur moralischen Spielwiese umerzogen, wo politische Gesinnung wichtiger ist als Recht und Gesetz.

Nun sehen wir das Ergebnis – doch damit nicht genug: Der Verdacht steht im Raum – er wird durch Aussagen des Innenministers selbst gestützt –, dass genau dieses korrupte Netzwerk in der Münchner Ausländerbehörde auch eine Rolle im Fall des Attentats am 13. Februar 2025 in der Münchner Innenstadt gespielt haben könnte. Der Mann, ein 24-jähriger Afghane, verübte einen Anschlag, bei dem 2 Menschen starben und 37 verletzt wurden. Er war nicht ausreisepflichtig, heißt es. Aber er hatte Aufenthaltspapiere und eine Arbeitserlaubnis, und zwar ausgerechnet von jener Stadt München, trotz späterer Radikalisierung.

(Zuruf)

Was, wenn diese Papiere auf demselben Weg beschafft wurden wie in den vielen anderen Fällen, die nun im Fokus der Ermittlungen stehen? Was, wenn dieser Anschlag überhaupt erst möglich war, weil Beamte Bestechungsgelder angenommen haben, um seinen Aufenthalt hier in Deutschland zu ermöglichen? – Dann, meine Damen und Herren, sprechen wir nicht nur von Korruption. Dann sprechen wir von einem sicherheitspolitischen Super-GAU und von politischer Mitverantwortung; denn wer seit Jahren alle Warnungen ignoriert, wer Kontrolle verteufelt und Integrationsromantik über alles stellt, der darf sich jetzt nicht über die Folgen wundern. Es ist ein Skandal mit Ansage.

Die AfD hat immer wieder darauf hingewiesen, dass in den Ausländerbehörden Dinge ablaufen, die mit Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun haben, dass Identitäten mehrfach angenommen werden, dass Verfahren verschleppt werden, dass politische Korrektheit echte Kontrolle verhindert. Jedes Mal wurden wir dafür diffamiert, beleidigt und lächerlich gemacht. Und heute? – Heute sehen wir die Beweise auf dem Tisch. Heute sehen wir, was passiert, wenn man das Gesetz gegen ein ideologisches Weltbild eintauscht, wenn man Ordnung und Kontrolle durch Willkommenskultur und Gutmenschentum ersetzt.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern daher eine vollständige Aufklärung. Wir fordern eine Generalrevision sämtlicher Asylentscheidungen in Bayern. Es soll lückenlos geprüft werden, ob und wo weiterer Rechtsmissbrauch bei der Genehmigung von Aufenthaltstiteln stattgefunden haben könnte. Schließlich fordern wir, im Rahmen der Untersuchungen zu klären, ob der Korruptionsfall in der Münchner Ausländerbehörde auch den Fall des Attentäters vom 13. Februar 2025 betrifft. Es braucht eine Rückbesinnung auf das, was Verwaltung leisten muss, nämlich die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit, den Schutz der Bürger und der Allgemeinheit,

(Zuruf von den GRÜNEN)

um eben vor solchen Zuständen zu schützen. Wer dazu nicht bereit ist, macht sich mitverantwortlich. Daher bitten wir um Zustimmung.

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist der Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

**Karl Straub (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz sachlich: Das Kreisverwaltungsreferat München ist selber auf den Missstand gekommen. Der Missstand wird inzwischen rechtsstaatlich aufgeklärt. Im November ist der erste Prozess eröffnet worden. Gegen die anderen Mitarbeiter wird momentan noch ermittelt. Es wird rechtsstaatlich aufgeklärt.

Ich wehre mich gegen einen Generalverdacht gegen alle bayerischen Ausländerbehörden. Das ist absolut unzutreffend.

Die Familie, die Hinterbliebenen der Attentatsopfer, hat ausdrücklich gebeten, dieses Attentat nicht zu instrumentalisieren. Ich halte mich daran. Deswegen rede ich nicht weiter darüber. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Gülseren Demirel. Bitte schön.

(Zuruf von der CSU: Das ist Anstand!)

**Gülseren Demirel (GRÜNE):** Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Antrag ausführlich im Ausschuss besprochen. Auch damals habe ich gesagt, dass die AfD-Fraktion versucht, einen Skandal zu konstruieren, wo es keinen gibt. Ich sage es noch mal: Das Kreisverwaltungsreferat hat selbst Unregelmäßigkeiten aufgedeckt, weil die Leitung eine Revision veranlasst hat. Das Kreisverwal-

tungsreferat selbst hat die Staatsanwaltschaft angerufen und sie gebeten zu ermitteln. Daraufhin ist das, wie es in einem Rechtsstaat üblich ist, auch geschehen. Der Prozess läuft, die Gerichte werden entscheiden. Daher muss ich Sie enttäuschen: Sie werden daraus keinen Honig saugen. – Schönen Abend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ja, natürlich müssen grundsätzlich alle Korruptionsvorwürfe mit aller Kraft und Gründlichkeit aufgeklärt werden. Wenn sie sich bewahrheiten, dann müssen sie mit aller Konsequenz und Schärfe auch geahndet werden. Gerade wenn Beamte rechtswidrige Aufenthaltstitel gegen Bezahlung gewähren, gibt es allen Grund dazu, weil das Vertrauen in staatliches Handeln sonst gefährdet ist, dass man ganz besonders hinschaut.

Wenn Sie allerdings hier Zusammenhänge herstellen mit einem Attentat im Februar 2025, dann muss man ganz klar sagen: Das ist nicht nur unseriös, sondern es ist auch unverantwortlich, wider besseres Wissen so einen Zusammenhang zu behaupten. Das ist alles überprüft worden. Es besteht definitiv kein Zusammenhang. Das war in den Medien zu lesen: Es ist offen bekannt, dass dieser Attentäter nicht bei der Ausländerbehörde in München, sondern bei der Zentralen Ausländerbehörde überhaupt registriert war.

Ich halte das für unverantwortlich, weil nämlich gerade Verlässlichkeit und Korruptionsfreiheit staatlichen Handelns einer unserer wichtigsten Standortvorteile in Deutschland sind. Sie riskieren das einfach. Wer einen Generalverdacht gegen Beamte und Behördenmitarbeiter schürt, der spielt mit dem Feuer und stößt die Hunderttausenden Mitarbeiter und Beamten der öffentlichen Hand vor den Kopf, die sich täglich engagiert und verlässlich für uns und für unser Gemeinwesen engagieren. Ich möchte die Gele-

genheit nutzen, all den Mitarbeitern staatlicher und kommunaler Behörden auf dem Wege für ihr Wirken das ganze Jahr über hier zu danken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dazu passt übrigens auch, dass die Korruptionsvorwürfe im konkreten Fall eben durch aufmerksame, verlässliche und aufrichtige Kollegen entdeckt und weitergemeldet wurden und dann durch die Innenrevision in der Folge auch festgestellt wurden.

Wenn Sie in Ihrem Antrag zusätzlich noch irgendwie sagen, wir müssen alles überprüfen, ganz Bayern, wo denn sonst noch so etwas vorgekommen ist: Ins Blaue hinein hier solche Falschinformationen zu verbreiten, zeugt, finde ich, ehrlich gesagt, von einer disruptiven Haltung gegenüber unserem Rechtsstaat schon von Trump-Art.

Ganz ehrlich: Wir haben einen funktionierenden Rechtsstaat. Wenn Sie irgendwas zu wissen glauben, dann erstatten Sie doch Anzeige! Wenn Sie nichts wissen und wenn Sie keine konkreten Fälle kennen, dann halten Sie besser den Mund und äußern nicht einen solchen letzten Endes unhaltbaren Verdacht. Den Antrag lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Nachdem heute schon viele Redner ihre letzte Rede vor Weihnachten genutzt haben, um den Kollegen frohe Weihnachten zu wünschen, gehe ich einfach einen Schritt weiter. Ich wünsche uns allen etwas für das Jahr 2026, nämlich dass wir etwas mehr konstruktive Reden hier haben und weniger Reden haben, die letzten Endes nur für Social-Media-Auftritte inszeniert werden, und dass wir oftmals unsere Debatten hier im Hohen Haus mit etwas mehr Bewusstsein um unsere Vorbildfunktion für unsere Demokratie führen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bitte am Rednerpult bleiben! Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor vom Abgeordneten Dierkes, AfD-Fraktion.

**Rene Dierkes (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege Hold, Sie haben vorhin gesagt, ich hätte hier einen Zusammenhang mit dem Attentat am 13. Februar behauptet, so als ob ich das definitiv behauptet hätte. Aber es ist ja gerade Gegenstand unseres Antrags zu ermitteln, ob dieser Zusammenhang besteht.

Daher meine Frage, weil Sie so inbrünstig dagegensprechen: Haben Sie da Kenntnisse? Können Sie ausschließen, dass der Aufenthaltstitel für den Attentäter nicht im Wege eines Bestechungsskandals erstellt worden ist?

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Ich habe nicht behauptet, dass Sie das gesagt haben. Ich habe aufmerksam Ihren Antrag – auch wenn es unsinnig war – gelesen. Dort haben Sie die Frage so gestellt, wie Sie sie jetzt auch hier gestellt haben: Gibt es denn da vielleicht irgendwie einen Zusammenhang? Ich habe es ganz klar gesagt: Der war gar nicht in München registriert. Er war bei der Zentralen Ausländerbehörde registriert. Er hat ganz offensichtlich nicht in München einen Aufenthaltstitel bekommen. Er hat überhaupt keinen Aufenthaltstitel bekommen, sondern war bei der Zentralen Ausländerbehörde registriert als jemand, dessen Aufenthalt zu beenden ist. Der Aufenthalt kann jedoch aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht beendet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist Herr Kollege Horst Arnold für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Horst Arnold (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Dinge liegen auf dem Tisch. Bewiesen ist, dass Korruption strafbar ist und Durchsuchungen stattgefunden haben. Es sind zwei Haftbefehle vollzogen worden. Die Anklage läuft. Das Verfahren läuft. Jeder Staatsanwalt weiß, dass, je weiter die Gefahren und Beeinträchtigungen der Rechtsgüter sind, desto intensiver ermittelt werden muss. Das ist



eine Frage der Strafzumessung. Ich habe in die Staatsanwaltschaft, in die Justiz, vollstes Vertrauen. Ich habe auch vollstes Vertrauen, dass die Justiz Mutmaßungen und Spekulationen, die haltlos und ohne Veranlassung sind, weil sie im Rahmen einer gewissen manischen Erscheinung der eigenen Therapie dienen, nicht Folge leistet. Deswegen werden wir dem Antrag nicht zustimmen. Wenn Sie therapiert werden müssen, müssen Sie sich selber therapieren. Wir machen das nicht.

(Beifall bei der SPD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt worden.